

Stiftung Marktwirtschaft

Die **Stiftung Marktwirtschaft** ist eine neoliberale Denkfabrik, die 1995 aus der Vereinigung des Frankfurter Institut für wirtschaftspolitische Forschung mit dem *Kronberger Kreis* hervorging.

Unter dem Schlagwort „Mehr Mut zum Markt“ berät die Stiftung über Publikationen, Studien und parteiische Expertenrunden Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft sowie Multiplikatoren in Medien und Publizistik.^[1] Ihre Forderungen nach Deregulierung des Arbeitsmarktes, einer stärkeren privaten Vorsorge bei Rente, Pflege und Krankenversicherung, einer Senkung der Unternehmenssteuern, einer Wiedereinführung von Studiengebühren und der Ablehnung eines Mindestlohns entsprechen weitgehend den Positionen der

Arbeitgeberverbände. Die Leitungsgremien der Stiftung werden von Unternehmern sowie Vertretern von Unternehmen (Vorstände, Geschäftsführer, Aufsichtsrats- und Beiratsmitglieder) und Verbänden dominiert. Der Kuratoriumsvorsitzende, [Nikolaus Schweickart](#), und das Vorstandsmitglied [Bernd Raffelhüschen](#) gehören dem Arbeitgeber-Netzwerk [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM) an. Eine beachtliche Zahl von Mitgliedern ist dem Wirtschaftsflügel der [CDU](#) zuzurechnen.

Stiftung Marktwirtschaft

Rechtsform	Stiftung
Tätigkeitsbereich	Politikberatung
Gründungsdatum	1982
Hauptsitz	Berlin
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	http://www.stiftung-marktwirtschaft.de/

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	2
2 Organisationsstruktur und Personal	3
2.1 Vorstand	3
2.2 Kuratorium	3
2.3 Stiftungsrat	4
3 Kronberger Kreis	5
3.1 Aktivitäten und Positionen	5
3.2 Mitglieder	6
4 Kommission „Steuergesetzbuch“	6
4.1 Tätigkeit	6
4.2 Gremien	7
4.2.1 Lenkungsgruppe	7
4.2.2 Politischer Beirat	7
4.3 Beziehungen zum Institut Finanzen und Steuern	8
4.4 Kritik	8
5 Finanzen	9
6 Weiterführende Informationen	9
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	9
8 Einzelnachweise	9

Kurzdarstellung und Geschichte

Die Geschichte der Stiftung beginnt Ende 1981 mit der Konstituierung der beiden Vorläuferorganisationen, dem „Kronberger Kreis“ und dem Verein „Frankfurter Institut für wirtschaftspolitische Forschung“. Der „Kronberger Kreis“ geht auf eine Initiative des Unternehmers Ludwig Eckes und des Hochschullehrers Wolfram Engels zurück.^[2] Der als „politisierender Schnapsfabrikant“ bezeichnete Eckes war in die CDU-Spendenaffäre der Kohl-Ära verwickelt: Über die Spendenwaschanlage „Staatsbürgerliche Vereinigung“ zahlte er 1972 rund eine Million DM an die CDU.^[3] Das CDU-Mitglied Wolfram Engels war Professor für Bankbetriebslehre und Herausgeber der „Wirtschaftswoche“. Die Professoren tagten erstmals in Kronberg (daher der Name „Kronberger Kreis“). Etwa gleichzeitig wurde in Frankfurt der Verein „Frankfurter Institut für wirtschaftspolitische Forschung“ gegründet, der es sich – wie der „Kronberger Kreis“ – zum Ziel gesetzt hatte, „für mehr Eigenverantwortung, mehr Wettbewerb und weniger Staatsintervention“ zu sorgen, um dem „Klima der Verneinung, der Diffamierung des Begriffs Elite und der Gleichmacherei“ in der Zeit der sozial-liberalen Koalition entgegenzuwirken (Festschrift Weiss, S. 7,11). Die „konservative Revolution“, ausgelöst durch die Wahl von Reagan und Thatcher, sollte nach Deutschland getragen werden.^[4] 1983 wurde der Öffentlichkeit das „Frankfurter Institut für wirtschaftspolitische Forschung e.V.“ nun mit dem „Kronberger Kreis“ als Wissenschaftlichem Beirat des Instituts vorgestellt.^[5] Das „Frankfurter Institut für wirtschaftspolitische Forschung e.V.“ wurde 1994 in die Stiftung „Frankfurter Institut – Stiftung Marktwirtschaft und Politik“ mit Sitz in Berlin umgewandelt.^[6]

Die Stiftung hat es geschafft, in zahlreichen Beratungsgremien der Bundesregierung präsent zu sein. Ein Schwerpunkt ist der [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#) (die sog. "Wirtschaftsweisen"). Die folgenden Professoren des „Kronberger Kreises“ waren/sind auch Mitglieder im SVR:

- Wolfram Engels
- Gerhard Fels
- Armin Gutowski
- [Otmar Issing](#)
- Olav Sievert
- [Juergen B. Donges](#), ehemaliger Direktor des [Institut für Wirtschaftspolitik](#), Mitglied des Beirats der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), Botschafter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#)
- [Wolfgang Franz](#)
- [Lars P. Feld](#)
- [Volker Wieland](#)

Weitere Institutionen, in denen ihre Mitglieder präsent sind/waren, sind die [Deutsche Bundesbank](#), Wissenschaftliche Beiräte bei Ministerien (insbesondere [Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen](#)), die [Monopolkommission](#) und die Deregulierungskommission.^[7]

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand

- **Michael Eilfort**, ehem. Referatsleiter im Staatsministerium der Landesregierung von Baden-Württemberg und von 2000 - 2004 Büroleiter des damaligen Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Friedrich Merz**.^[8]
- **Bernd Raffelhüschen**, Professor für Finanzwissenschaften an der Universität Freiburg, Direktor des **Forschungszentrum Generationenverträge**, Aufsichtsratsmitglied der **ERGO** Versicherungsgruppe, Referent bei zahlreichen Veranstaltungen der Versicherungswirtschaft, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des **Wirtschaftsrat der CDU** und der **Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen** (SRzG) sowie Botschafter der **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft**

Kuratorium

Auf der Website der Stiftung wird nur der Kuratoriumsvorsitzende (**Nikolaus Schweickart**) genannt. Die weiteren Mitglieder werden für das Jahr 2007 in der Festschrift von Weiss (S. 42) erwähnt. Die dort genannten Personen scheinen mehrheitlich weiterhin dem Kuratorium anzugehören.

Danach setzt sich das Kuratorium wie folgt zusammen:

- **Nikolaus Schweickart**, Geschäftsführer der **Altana Kulturstiftung gGmbH**, Ehrenmitglied des **Wirtschaftsrates der CDU**, Botschafter der **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft**, Aufsichts- und Beiratsmitglied mehrerer Unternehmen, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der **Altana AG** und ehemaliger Vorsitzender der **Herbert Quandt-Stiftung**
- Joachim Krahen, Gründungsvorstand der Stiftung, emeritierter Honorarprofessor, Mitbegründer der Baumarktkette OBI (geb. 1917 und deshalb vermutlich aus dem Kuratorium ausgeschieden)
- Harald Christ, SPD, Ex-Unternehmer, Vorstandsvorsitzender der Postbank Finanzberatung AG, 2009 – Bundeswirtschaftsminister im Schattenkabinett Steinmeiers
- Dieter Feddersen, Rechtsanwälte Feddersen, Heuer & Partner, Vorstandsmitglied der Dräger-Stiftung (diese organisiert gemeinsam mit der Stiftung Marktwirtschaft Veranstaltungen), Peter Dornier Stiftung, Kronberg Academy Stiftung, Vorstandsmitglied und Trustee des American Institute for Contemporary German Studies, Aufsichtsratsvorsitzender der Lindauer Dornier GmbH^[9]
- Karl-Eberhard Hunke, Geschäftsführer der Pinstripe Management GmbH, Präsident des Verwaltungsrats der General Equity Group, St. Gallen, ehemaliges Mitglied Landesverband Hamburg des **Wirtschaftsrat der CDU**
- Peter Jungen, CDU, Unternehmer, Präsident der europäischen Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der EVP, Gründungspräsident des **European Enterprise Institute** (EEI)^[10], Mitglied des Vorstands des **Institut für Unternehmerische Freiheit**
- **Wolfgang Kirsch**, Vorstandsvorsitzender der **DZ BANK**, Mitglied **Trilaterale Kommission**
- Hans Joachim Langmann, ehemaliger Vorsitzender des **Bundesverband der Deutschen Industrie** (BDI)
- Rolf Nonnenmacher, bis 1. Oktober 2011 Vorstandsvorsitzender der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft **KPMG** Deutschland, seitdem KPMG Chairman der EMA-Region (Europa, Naher Osten, Afrika sowie Südasien); seine Funktion als Joint Chairman der KPMG Europe LLP setzt er fort

- [Dirk Notheis](#), bis Juli 2012 Vorstandsvorsitzender der [Morgan Stanley](#) Bank AG, Beisitzer im Landesvorstand der CDU Baden-Württemberg, hat im Dezember 2010 mit dem damaligen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg [Stefan Mappus](#) den Verkauf der Aktienanteile der Electricité de France an die Energie Baden-Württemberg (EnBW) vorbereitet. Nach der Einleitung eines Verfahrens gegen Mappus wegen Untreue und gegen Notheis wegen Beihilfe trat Notheis als Vorstandsvorsitzender zurück
- Martin Peltzer, Mitbegründer der Societät Haschle Sigle Eschenlohr Peltzer, Mitglied bei [Liberales Netzwerk](#)
- Lutz Peters, Geschäftsführer der Schwartauer Werk GmbH & Co. KG, Mitglied des Kuratoriums von [Liberales Netzwerk](#)
- Joachim Seeler, SPD, war bis August 2011 Geschäftsführer und Gesellschafter der Hamburg Trust Grundvermögen und Anlage GmbH, Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- [Axel Weber](#), ehemaliger Präsident der [Deutsche Bundesbank](#), seit 3. Mai 2012 Präsident des Verwaltungsrats der Schweizer Großbank [UBS](#)^[11], Mitglied der [Group of Thirty](#)

Stiftungsrat

- [Theo Siegert](#) (Vorsitzender)
 - Geschäftsführender Gesellschafter der Firma [de Haen-Carstanjen & Söhne](#)
 - Mitglied des Aufsichtsrats der folgenden Unternehmen: [Merck KGaA](#), [Henkel AG & Co. KGaA](#), [Deutsche Bank](#), [E.ON](#)
- Rainer Hildmann (stellv. Vorsitzender)
 - war in der Führungsspitze des Arbeitgeberverbandes [Gesamtmetall](#) tätig^[12]
 - für die [informedia-Stiftung](#) Mitglied des Vorstands des [Institut der deutschen Wirtschaft](#)^[13]
- Ulrich Weiss (stellv. Vorsitzender)
 - ehem. Mitglied des Vorstands der [Deutsche Bank](#) und bis Mitte 2005 Aufsichtsratsmitglied der [Continental AG](#)^[14]
- Thomas Deininger
 - Geschäftsführer der Deininger Unternehmensberatung GmbH^[15]
 - Großspender der CDU (seit 2000 über 100.000 Euro)^[16]
- Dirk Ippen
 - Zeitungsverleger ("Münchner Merkur", "tz" u.a.)
 - Mitglied des Kuratoriums der Stiftung [Liberales Netzwerk](#)
 - Mitglied des [Aktionsrat Marktwirtschaft](#) und Mitglied des Kuratoriums der Gesellschaft zur Förderung der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung (Freunde des ifo Instituts) e.V.
- [Wolfgang Kirsch](#), Vorstandsvorsitzender der [DZ BANK](#), Mitglied [Trilaterale Kommission](#)
- Klaus Nimtz
 - Mitglied des Vorstands des [Institut der deutschen Wirtschaft](#)^[17]
 - Vorstandsmitglied der [informedia-Stiftung](#)
- Rosely Schweizer
 - Tochter von Rudolf-August Oetker, Beiratsvorsitzende der [Oetker-Gruppe](#), persönlich haftende Gesellschafterin und Beiratsvorsitzende von [Henkel & Söhnlein](#)

- zeitweise Landesvorsitzende der baden-württembergischen CDU,
- zeitweise im Bundesvorstand des [Wirtschaftsrat der CDU](#), jetzt Ehrenmitglied^[18]

(Stand: Februar 2014) Quelle: ^[19]

Kronberger Kreis

Aktivitäten und Positionen

Als wissenschaftlicher Beirat der Stiftung wirbt der Kronberger Kreis mit Publikationen zum Steuerrecht sowie zur Arbeitsmarkt-, Sozial-, Wirtschafts- und Haushaltspolitik für neoliberale Reformen. Nach eigener Einschätzung haben zahlreiche Elemente seiner Vorschläge zur Unternehmensbesteuerung, sozialen Sicherheit, Arbeitsmarkt oder öffentlichen Verwaltung Eingang in die Gesetzgebung gefunden. Bereits 1986 trat der Kronberger Kreis mit einem Entwurf für eine umfassende Neuordnung des Steuerrechts und der Sozialleistungen hervor.^[20] Dieses Konzept enthielt neben einer einheitlichen Steuer, in die Einkommens-, Vermögens-, Körperschafts-, Schenkungs- und Erbschaftssteuer aufgehen sollte („Bürgersteuer“), auch bereits die Idee einer negativen Einkommenssteuer.

Die FAZ veröffentlichte am Montag nach der Bundestagswahl 2005 eine Stellungnahme des "Kronberger Kreises" mit dem Titel "Was jetzt Vorrang hat". Darin fordern die Mitglieder des Kreises eine Deregulierung des Arbeitsmarktes, eine Angleichung des Arbeitslosengeldes II an die Sozialhilfe und eine stärkere private Vorsorge bei Rente, Pflege und Krankenversicherung.

Der "Kronberger Kreis" sieht in der Einkommensungleichheit und der Altersarmut kein Problem:

"Die Einschätzung, Deutschland leide unter dem Problem erheblicher sozialer Schieflagen, steht empirisch auf wackeligen Beinen (siehe Anhang). Hinsichtlich der Einkommensungleichheit liegt Deutschland im Mittelfeld der OECD-Länder. Die Einkommensungleichheit hat seit der Reformpolitik der Regierung Schröder abgenommen. Die Mittelschicht behauptet sich entgegen anders lautender Berichte: Der Anteil der mittleren Einkommen an den Gesamteinkommen bleibt über die Zeit relativ stabil. Die deutsche Wirtschaft und der deutsche Arbeitsmarkt stehen relativ gut da, so dass die Armutsrisiken gesunken sind".

(Lars P. Feld, Clemens Fuest, Justus Haucap, Volker Wieland, Berthold U. Wigger: Renaissance der Angebotspolitik, Hrsg. Stiftung Marktwirtschaft, Berlin 2013, S. 6)

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat dagegen in seiner Studie aus dem Jahr 2014 in Deutschland eine vielfach unterschätzte ungleiche Vermögensverteilung festgestellt, die sich auch auf die Einkommenserzielungsmöglichkeiten auswirkt.^[21] Nach der DIW-Studie weist Deutschland in der Eurozone die höchste Vermögensungleichheit aus. Die oberen Einkommensbezieher hätten zwischen 2002 und 2012 ihren Vermögensabstand sogar weiter ausbauen können. Sie vermuten außerdem, dass es in den vergangenen zehn Jahren zu einem Anstieg der Vermögensungleichheit gekommen ist, da die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen im Vergleich zu den Arbeitnehmerentgelten überdurchschnittlich gestiegen seien. Vor dem Hintergrund der wachsenden Bedeutung der privaten Absicherung für die Altersvorsorge sei die signifikante Zunahme der Zahl von Personen mit negativem Nettovermögen außerdem als problematisch anzusehen.

Mitglieder

Nach § 16 der Satzung der Stiftung Marktwirtschaft werden die Mitglieder des Kronberger Kreises mit Zustimmung des Stiftungsrates gewählt, um sicherzustellen, „dass die Mitglieder zumindest in ihrem Grundverständnis über ein liberales Wirtschafts- und Gesellschaftsprogramm übereinstimmen“. ^[22]

Mitglieder sind die folgenden Professoren:

- **Lars P. Feld**, der Sprecher des Kronberger Kreises, ist Leiter des **Walter Eucken Institut**, Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg und ständiger Gastprofessor am **Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung** (ZEW), Mitglied der **Ludwig-Erhard-Stiftung**, des Kuratoriums von **ECONWATCH** (Hayek-Kreis für Politikberatung), des Wissenschaftlichen Beirats des **Wirtschaftsrat der CDU**, des **Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung** (SVR) und des **Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen**
- **Clemens Fuest**, Mitglied der Lenkungsgruppe der Kommission "Steuergesetzbuch", ist Präsident des **Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung** (ZEW), Direktor des **Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut** an der Universität Köln, Mitglied des **Wissenschaftlichen Beirats des Bundesministeriums der Finanzen** und des Wissenschaftlichen Beirats von **Ernst & Young**
- **Justus Haucap**, Mitglied der **Monopolkommission**, Präsident von **ECONWATCH** (Hayek-Kreis für Politikberatung), Vorsitzender des Forschungsbeirats des **Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung** (RWI), Autor des ÖkonomenBlog der **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft**
- **Heike Schweitzer**, Inhaberin des Lehrstuhls für Bürgerliches Recht, Wettbewerbs- und Regulierungsrecht an der FU Berlin, Direktorin des **Mannheim Centre for Competition and Innovation** (MaCCI)
- **Volker Wieland**, Inhaber der Stiftungsprofessur für Monetäre Ökonomie des **Institute for Monetary and Financial Stability** (IMFS) an der Goethe-Universität Frankfurt und Geschäftsführender Direktor des IMFS, eines von der **Stiftung Geld und Währung** geförderten Instituts. Weiterhin ist er Mitglied des **Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung** und des **Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen**
- **Berthold U. Wigger**, Inhaber des Lehrstuhls für Finanzwissenschaft und Public Management am Karlsruher Institut für Technologie (KIT), Forschungsprofessor am **Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung** (ZEW), Research Fellow am CESifo München, Mitglied des **Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen**, Visiting Scholar des **Internationalen Währungsfonds** (IWF)

Kommission „Steuergesetzbuch“

Tätigkeit

Die Kommission beschäftigte sich mit der Erarbeitung eines Konzepts zur Neuordnung der Ertragssteuern und der Kommunalfinanzen. 2006 wurde das „Steuerpolitische Programm“ als Zwischenbilanz veröffentlicht; 2013 wurde die Endfassung der Öffentlichkeit vorgestellt. ^[23]

Gremien

Lenkungsgruppe

Vorsitzender der Lenkungsgruppe ist Joachim **Lang**, emeritierter Professor für Steuerrecht der Universität Köln, bis 2006 Direktor des Instituts für Steuerrecht der Universität Köln. Er war für den Titel „Reformer des Jahres 2003“ nominiert, der von der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) und der „Frankfurter Sonntagszeitung“ verliehen wird.^[24]

Weitere Mitglieder sind:

- **Clemens Fuest**, Mitglied des "Kronberger Kreises", Präsident des [Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung](#) (ZEW), Direktor des [Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut](#) an der Universität Köln, Mitglied des [Wissenschaftlichen Beirats des Bundesministeriums der Finanzen](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von [Ernst & Young](#)
- Norbert **Herzig**, Direktor des Seminars für Betriebswirtschaftslehre und Betriebswirtschaftliche Steuerlehre an der Universität Köln, Mitglied des Aufsichtsrats der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft [PricewaterhouseCoopers](#)
- **Johanna Hey**, Direktorin des Instituts für Steuerrecht der Universität Köln, Mitglied des [Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen](#), Mitglied des Zentralen Beirats der [Commerzbank](#), Gründungsmitglied der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), Direktorin des [Institut Finanzen und Steuern](#), Beraterin des [Wirtschaftsrat der CDU](#) und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von [Ernst & Young](#)
- Jörg Manfred **Mössner**, bis 2007 Direktor des Instituts für Finanz- und Steuerrecht der Universität Osnabrück, ist seitdem als Steuerberater bei [PricewaterhouseCoopers](#) tätig.
- **Bernd Raffelhüschen**, Professor für Finanzwissenschaften an der Universität Freiburg, Mitglied des Aufsichtsrats der [ERGO](#) Versicherungsgruppe, Referent bei zahlreichen Veranstaltungen der Versicherungswirtschaft, Berater des [Wirtschaftsrat der CDU](#) und Botschafter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#)
- Thomas **Rödder**, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer, Partner bei der Kanzlei [Flick Gocke Schaumburg](#), ist Mitglied des Aufsichtsrats der B. Braun Melsungen AG
- Roman **Seer** ist Inhaber des Lehrstuhls für Steuerrecht an der Ruhr-Universität Bochum
- Franz **Wassermeyer**, bis 2005 Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof, Partner bei der Kanzlei [Flick Gocke Schaumburg](#) und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von [Ernst & Young](#)

Politischer Beirat

Mitglieder des Beirats sind:

- [Friedrich Merz](#), Partner bei der Societät Mayer Brown Rowe & Maw LLP, von 2000 bis 2002 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, gilt als Großmeister des Lobbyismus. Er ist in einer Vielzahl von Aufsichtsräten vertreten und Mitglied einer Reihe von Netzwerken der Wirtschaftseliten; u. a. ist er Gründungsmitglied des Fördervereins der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#). Im März 2006 legte er mit acht weiteren Abgeordneten des Deutschen Bundestags beim Bundesverfassungsgericht Klage gegen die Offenlegung ihrer Nebeneinkünfte ein. Am 4. Juli 2007 wies das Bundesverfassungsgericht die Klage mit der Begründung zurück, dass das politische Mandat im Mittelpunkt der Tätigkeit stehen müsse und kritisierte die Gefahr der Befangenheit durch Zahlungen von Unternehmen.^[25]

- **Hermann Otto Solms**, Finanzexperte der FDP und Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Kuratoriumsmitglied der **Friedrich-Naumann-Stiftung**, Mitglied des Expertenrates von **CNC Communications & Network Consulting**, Mitglied des Beirats von **Thelen Consult** und Mitglied des Parlamentarischen Beirats des **Bundesverbandes der Dienstleistungswirtschaft** (BDWi). In der Steuerpolitik hatte er 2008 für die FDP ein Drei-Stufen-Modell mit einer Steuertariftreppe von 10, 25 und 35 Prozent entwickelt, das später in der Versenkung verschwand.
- **Georg Fahrenschon**, seit Mai 2012 Präsident des **Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes** (DSGV), ehemaliger Bayerischer Staatsminister der Finanzen und CSU-Politiker, Mitglied der Gremien mehrerer Unternehmen und Verbände der Finanzwirtschaft, Mitglied des Verwaltungsrats der **BaFin** und Mitglied der **Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen**.
- **Ingo Deubel**, SPD, Geschäftsführer der Deubel Government Consulting GmbH, Lehrbeauftragter für Finanzwissenschaft und Öffentliche Verwaltung an der Universität Münster, ehemaliger Finanzminister des Landes Rheinland-Pfalz und ehemaliger Aufsichtsratsvorsitzender der landeseigenen Nürburgring GmbH. Deubel ist am 7. Juli 2009 als Finanzminister zurückgetreten, nachdem er für die bei der Privatfinanzierung des Freizeitpark-Projekts am Nürburgring entstandenen Verluste in Höhe von mehr als 300 Millionen Euro verantwortlich gemacht worden war.^[26] Im Zusammenhang mit der Nürburgring-Affäre hat das Landgericht Koblenz Deubel im April 2014 wegen "besonders schwerer Untreue" zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt.^[27]

Beziehungen zum Institut Finanzen und Steuern

Mitglieder und Experten der "Kommission Steuergesetzbuch" sind regelmäßig als Gutachter und Mitglieder von Arbeitsgruppen des **Institut Finanzen und Steuern** tätig, einem von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden gesteuerten Verein, der steuerliche Gesetzesinitiativen aus der Sicht der Wirtschaft erarbeitet. Direktorin der Instituts ist **Johanna Hey**, Mitglied der Lenkungsgruppe der Kommission "Steuergesetzbuch".

Kritik

Die „Kommission Steuergesetzbuch“ hat einen Einfluss auf die Steuergesetzgebung, der weit über die im Gesetzgebungsverfahren vorgesehene Anhörung in Ausschüssen hinausgeht. Ihr wird die Möglichkeit eröffnet, ihre Vorstellungen bereits in der Frühphase von Gesetzesänderungen mit parlamentarischen Entscheidungsträgern zu erörtern. So wird in „Blickpunkt Marktwirtschaft“ 3/2006 berichtet:^[28]

„Ende August kam in Berlin die Kommission 'Steuergesetzbuch' zu einer Plenumssitzung in Räumlichkeiten des Bundestages zusammen. Auf der Tagesordnung standen Beratungen zur weiteren Ausführung des 'Steuerpolitischen Programms' der Kommission sowie einer ausführliche Erörterung der absehbaren Pläne der Bundesregierung zur Unternehmenssteuerreform. Die Analysen aus dem Expertengremium der Kommission waren insbesondere für diejenigen Kommissionsmitglieder aufschlussreich, die zugleich in der Arbeitsgruppe der Koalitionsparteien zur Unternehmenssteuerreform mitwirkten oder an anderer Stelle eingebunden waren. Erste bekannte Details wie auch der Gesamtansatz der 'Eckpunkte für eine Unternehmenssteuerreform' wurden ausführlich diskutiert und bewertet. Im Anschluss an die fachlichen Beratungen trat die Kommission im Kanzleramt mit Kanzleramtsminister Thomas de Maizière zusammen“.

Mit der Benennung von Experten, einer Lenkungsgruppe und eines Politischen Beirats gebärdet sich die „Kommission Steuergesetzbuch“ im Hinblick auf die Steuergesetzgebung wie eine Art wissenschaftliche Nebenregierung, die eigentlich über mehr Sachverstand verfügt als die Gremien von Regierung und

Parlament. Ihre sachverständigen Vorschläge sind jedoch in erster Linie darauf gerichtet, die Interessen ihrer Klientel (Unternehmen und Wirtschaftseliten) zu bedienen. Andere gesellschaftliche Gruppen (Arbeitnehmer, Rentner, Verbraucher, Arbeitslose, Umweltschützer usw.), die bei parlamentarischen Anhörungen ihre Vorstellungen vortragen könnten, sind in der „Kommission Steuergesetzbuch“ und ihrer Mutterorganisation „Stiftung Marktwirtschaft“ nicht präsent. Je mehr Einfluss der „Kommission Steuergesetzbuch“ bei der Ausformulierung von Gesetzesentwürfen eingeräumt wird, desto größer ist die Gefahr, dass Gesetzesinitiativen von den zuständigen Instanzen (Regierung, Parteien, Gruppen von Abgeordneten) auf ein der demokratischen Kontrolle entzogenes Netzwerk verlagert werden. LobbyControl hat deshalb im Jahre 2007 anlässlich der Anhörung zur Unternehmenssteuerreform von dem damaligen Finanzminister Steinbrück Aufklärung über die Rolle der Stiftung Marktwirtschaft und der [Bertelsmann Stiftung](#) bei der Ausarbeitung des Gesetzentwurfes gefordert.^[29]

Die Bildung der "Kommission Steuergesetzbuch" erinnert an die Vorschläge des neoliberalen Vordenkers [Friedrich August von Hayek](#), einen "Rat der Weisen" einzurichten, dem "reife" Männer und Frauen im Alter zwischen 45 und 60 Jahren angehören sollten, die sich im gesellschaftlichen Leben bewährt haben^[30] (vgl. [Friedrich August von Hayek Stiftung](#)). Anstatt solche wichtigen Entscheidungen wie die Steuergesetzgebung etc. dem Parlament zu überlassen, das von Massenmeinungen, wetterwendischen Wähler(innen) und organisierten Sonderinteressen abhängig sei, fordert er, den "Rat der Weisen" mit gesetzgeberischen Kompetenzen auszustatten.^[31] Prof. Möschel, Mitglied im "Kronberger Kreis", ist Vorsitzender des Stiftungsrats der [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#).

Finanzen

Nach eigenen aktuellen Angaben (Website, Stand: Mai 2014) finanziert sich die Stiftung durch Stiftungskapital, Publikationen sowie private Unterstützung. Die letzten konkreten Angaben über die Höhe der Ausgaben stammen aus der zitierten Festschrift von Weiss aus dem Jahre 2007. Danach lag das Budget bei ca. 1 Mio. Euro. Als Finanzierungsquellen werden dort neben Mitgliedsbeiträgen und Spenden auch projektbezogene Zuwendungen anderer Stiftungen erwähnt (S. 49). Die Finanzierung bleibt intransparent, weil weder der genaue Anteil der Wirtschaft an den Spenden noch die einzelnen Spender – Wirtschaft, Privatpersonen, Stiftungen – genannt werden.^[32] Bei der Finanzierung spielt die [informedia-Stiftung](#) eine wichtige Rolle. Sie finanziert nicht nur Studien und Veranstaltungen, sondern hat auch den "Wolfram-Engels-Preis", der von der Stiftung Marktwirtschaft verliehen wird, gestiftet.

Weiterführende Informationen

- [Webseite der Stiftung Marktwirtschaft](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ LobbyControl: [LobbyPlanet Berlin](#). 1. Aufl. 2008, S. 134.

2. ↑ Festschrift Ulrich Weiss: Mehr Mut zu Freiheit und Markt 25 Jahre Stiftung Marktwirtschaft und Kronberger Kreis, Website Stiftung Marktwirtschaft, abgerufen am 25.5.2011
3. ↑ Affären, Spiegel 12/1986, S. 21 f., Website Spiegel, abgerufen am 25-5-2011
4. ↑ Lobbyplanet, S.134
5. ↑ Festschrift Weiss, S. 19
6. ↑ Festschrift Weiss, S. 35 f.
7. ↑ Festschrift Weiss, S. 25 ff.
8. ↑ Rudolph Speth: Die zweite Welle der Wirtschaftskampagnen, Arbeitspapier 127 der Hans Böckler Stiftung, Düsseldorf 2007, S. 43, Website H B Stiftung, abgerufen am 25.5.2011
9. ↑ Biografie Webseite Feddersen Heuer & Partner, abgerufen am 29. 5. 2014
10. ↑ Peter Jungen ist neuer Präsident der europäischen Mittelstands - und Wirtschaftsvereinigung der EVP , Website cdu-flensburg, abgerufen am 4. Oktober 2011
11. ↑ Biografie Webseite UBS, Webseite abgerufen am 2. 12. 2013
12. ↑ Speth, S. 43
13. ↑ Gremien, Website des Instituts der deutschen Wirtschaft, abgerufen am 04.06.2011
14. ↑ Speth, S.43
15. ↑ Deininger.pdf Vita Thomas Deininger, Website aeu, abgerufen am 05.06.2011
16. ↑ parteispenden, Website parteispenden unklarheiten, abgerufen am 05.06.2011
17. ↑ Gremien, Website des Instituts der deutschen Wirtschaft, abgerufen am 4.6.2011
18. ↑ [<http://www.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/ehrenmitglieder-de?open&ccm=100020025> Wirtschaftsrat Ehrenmitglieder], Website Wirtschaftsrat, abgerufen am 04.06.2011
19. ↑ Webseite Stiftung Marktwirtschaft - Stiftungsrat abgerufen am 23.05.2013
20. ↑ Speth, S. 42
21. ↑ Markus M. Grabka und Christian Westermeier: Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland, DIW Wochenbericht Nr. 9.2014, Webseite DIW, abgerufen am 1. 3. 2014
22. ↑ Festschrift Weiss, S. 2
23. ↑ Presseinformation vom 29. August 2013, Webseite Stiftung Marktwirtschaft, abgerufen am 17. 2. 2014
24. ↑ joachim lang], Website FAZ, abgerufen am 29.5.2011
25. ↑ Nebeneinkünfte-Urteil, Focus vom 14. Juli 2007, Website Focus, abgerufen am 31.5.2011
26. ↑ Stern vom 12. Februar 2011, Website Stern, abgerufen am 31.5.2011
27. ↑ Ex-Finanzminister Deubel zu Haftstrafe verurteilt, Süddeutsche Zeitung online vom 16. April 2014, Webseite abgerufen am 19. 4. 2014
28. ↑ Blickpunkt 3/2006, Website Stiftung Marktwirtschaft, abgerufen am 31.5.2011
29. ↑ Ulrich Müller am 25. April 2007: Denkfabriken und Unternehmenssteuer – Steinbrück soll aufklären
30. ↑ Friedrich A. von Hayek, Drei Vorlesungen über Demokratie, Gerechtigkeit und Sozialismus, Tübingen 1997, zitiert nach Bettina Lösch: Die neoliberale Hegemonie als Gefahr für die Demokratie, in: Christof Butterwege u.a.: Kritik des Neoliberalismus, 2. Aufl., Wiesbaden 2008, S. 234
31. ↑ Bettina Lösch, S. 234
32. ↑ Lobbyplanet Berlin, 1. Aufl., S. 137